Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

93 (21.4.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 93 | **Donnerstag, den 21. April 1932** | **103. Jahrgang**

Kurze Tagesübersicht

Unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers fand eine Besprechung sämtlicher an der Durchführung der landwirtschaftlichen Siedlung beteiligten Reichsminister statt.

*

Im Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz hielt Botschafter Nadolny eine mit starkem Beifall aufgenommene Rede über die Abschaffung der schweren Angriffswaffen.

*

Das Luftschiff „Graf Zeppelin" ist am Mittwoch abend „fahrplanmäßig" in Pernambuco in Südamerika gelandet.

*

Durch eine neue Verordnung gegen den Schmuggel von Wertpapieren wird eine Anmeldepflicht eingeführt sowie die Strafbestimmung verschärft. Die Verordnung gehört zum Gebiet der Devisenbewirtschaftung und betrifft also nur Kauf oder Verkauf ins Ausland oder von Ausländern.

*

Von zuständiger deutscher Seite wird zu den Verhandlungen des Reichskanzlers Dr. Brüning in Genf erklärt, daß der Kanzler in zahlreichen Gesprächen mit anderen Staatsmännern sämtliche Gebiete der internationalen Politik, insbesondere die Abrüstungsfrage, die Reparationsfrage und die Donaufrage erörtert hat. Die bisherige Zurückhaltung der deutschen Abordnung in der Abrüstungsfrage wird mit Rücksicht auf die französischen Kammerwahlen begründet, vor denen ernste Entscheidungen nicht zu erwarten seien.

*

Auf Grund der Unterredung, die Macdonald mit Tardieu in Paris hatte, ist der französische Ministerpräsident zusammen mit dem englischen Ministerpräsidenten nach Genf gereist.

*

Das irische Parlament hat das Gesetz über die Abschaffung des Treueides zur englischen Krone in erster Lesung angenommen. Die zweite Lesung findet am nächsten Mittwoch statt.

*

Die mandschurische Regierung stellt die Richtigkeit der Meldungen von einem Generalstreik auf der Ostbahn in Abrede.

*

General Ma ist von der mandschurischen Regierung seiner Aemter enthoben worden.

*

Im riesigen Ueberschwemmungsgebiet der Save (Südslavien) vollzieht sich ein furchtbares Drama. Die Häuser der überschwemmten Ortschaften stürzen nach und nach ein und verschwinden in den Fluten. Die Behörden stehen der Not der Bevölkerung fast hilflos gegenüber.

*

Die Regierung von Südslavien wird der ersten kroatischen Sparkasse, die ihre Zahlungen eingestellt hat, ein sechsmonatiges Moratorium bewilligen, da sie nicht imstande ist, die Sparkasse zu stützen.

*

Der am 14. Oktober von Lissabon aus mit einem Faltboot zur Ozeanüberquerung gestartete 31 Jahre alte Kapitän Engler ist seit dem 20. November v. Js. verschollen. Man nimmt an, daß er den Tod in den Wellen gefunden hat.

*

Beim Bergrutsch bei Cochem (Mosel) sind 25 000 Kubikmeter Erd- und Gesteinsmassen niedergegangen. 600 000 Kubikmeter befinden sich noch in Bewegung und werden nach sachverständiger Ansicht ebenfalls abrutschen.

Entschließung in Innsbruck

Innsbruck, 20. April. Die Konferenz der Internationalen Handelskammer hat die Entschließung der Finanzsachverständigen mit **Vorbehalten des deutschen und englischen Experten angenommen.** Sie besagt u. a., daß die Wiederherstellung der **Freiheit des Devisenverkehrs eine unerläßliche Voraussetzung für die Wiederaufrichtung des Wirtschaftslebens der Donaustaaten sei.** Namens der deutschen Delegation gab Dr. Herle, Geschäftsführer des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, vor der deutschen Presse eine Erklärung ab, in der er das Ergebnis der Konferenz zusammenfaßte. Es habe sich in den Verhandlungen herausgestellt, daß selbst unter den Staaten Rumänien, Ungarn, Jugoslawien und der Tschechoslowakei keine Einheitlichkeit über die Annahme des Tardieu-Planes bestand oder hätte hergestellt werden können. Man könne deshalb den Tardieu-Plan als bisherige Grundlage der Erörterungen als überholt betrachten.

Die Genfer Woche

Das ferne Ziel — Die Revolte der kleinen Mächte
Die „großen Fünf"

Aus Genf wird uns geschrieben:

Ein Schritt vorwärts? Die angenommene Entschließung über die Abrüstung in Etappen wird in den Wandelgängen der Konferenz vielfach als ein großer Erfolg bezeichnet. Diejenigen, die der Konferenz von Anfang an mit hundertprozentiger Skepsis gegenüberstanden, bewahren ihre Zurückhaltung.

Die Beschließung des Redaktions-Komitees des Hauptausschusses sieht vor, „daß die Herabsetzung der Rüstungen, so wie sie im Artikel 8 vorgesehen ist, fortschreitend durch Revisionen erfolgen wird, die in angemessenen Zeitabständen aufeinander folgen sollen, nachdem die gegenwärtige Konferenz den ersten entscheidenden Schritt der allgemeinen Herabsetzung auf den möglichst niedrigen Stand vollbracht haben wird". Daraus geht hervor, daß die Abrüstung bis auf weiteres ein fernes Ziel bleibt. Vorderhand ist im besten Falle mit einer Rüstungseinschränkung zu rechnen, die in keinem Verhältnis zu der deutschen Abrüstung steht. Die einstimmige Annahme der Entschließung besagt noch nicht, daß man sich über den „möglichen niedrigen" Stand der allgemeinen Rüstungsherabsetzung einigen wird. Es muß vielmehr damit gerechnet werden, daß die verkappten Rüstungsfreunde, deren Zahl in Genf nicht gering ist, alles daran setzen werden, um die Dehnbarkeit der gefundenen Formel bis zum äußersten auszunutzen.

In dieser Hinsicht ist die Berufung auf den Artikel 8 der Völkerbundssatzung besonders bezeichnend. Der erste Absatz dieses Artikels lautet:

„Die Mitglieder des Bundes erkennen an, daß die Aufrechterhaltung des Friedens es nötig macht, die nationalen Rüstungen auf das Mindestmaß herabzusetzen, das mit der nationalen Sicherheit und mit der Durchführung der durch ein gemeinsames Handeln auferlegten internationalen Verpflichtungen vereinbar ist."

Dieser berüchtigte Absatz wurde von den Rüstungsstaaten, vor allen Dingen von Frankreich, wiederholt dazu benutzt, um zu „beweisen", daß man an die Grenze der zulässigen Abrüstung bereits gegangen sei. Die Berufung auf die nationale Sicherheit und auf die internationalen Verpflichtungen (Versailles!) bildet seit jeher die Grundlage für die französische Sicherheitsthese, die praktisch ja die allgemeine Abrüstung unmöglich macht.

Der übrige Inhalt des Artikels 8, der einen Modus der Abrüstung vorsieht, ist heute veraltet, da man inzwischen einen anderen Weg zur Abrüstung beschritten hat. Das einzige, was dabei noch Geltung behält, ist wiederum die Betonung des Sicherheitsgedankens, so etwa im zweiten Absatz:

„Der Rat bereitet unter Berücksichtigung der geographischen Lage und der besonderen Umstände jedes Staates die Pläne für diese Abrüstung zum Zweck einer Prüfung und Entscheidung durch die verschiedenen Regierungen vor."

Die Abrüstungskonferenz befindet sich erst am Anfang ihrer Tätigkeit. Um die Klippen des Artikels 8 werden noch erbitterte Kämpfe stattfinden. Dies ist jedoch die Sache der fernen Zukunft. Vorerst steht die Frage auf der Tagesordnung, was man unter — Abrüstung überhaupt versteht! Es ist höchste Zeit, daß man sich einmal darüber einigt.

*

In dem Ausschuß der außerordentlichen Völkerbundsversammlung, der über den fernöstlichen Konflikt wachen soll, gab es neuerdings eine denkwürdige Sensation. Die kleinen Mächte haben vor der Ausschußsitzung eine Beratung abgehalten, um die Maßnahmen zu erwägen, die nun endlich ergriffen werden sollen, um den Krieg im Fernen Osten zu beenden. Man bezeichnet die Tat der kleinen Mächte als den ersten wirksamen Schritt im chinesisch-japanischen Konflikt. Die Aktion der kleinen Mächte ist beschämend für die größeren Staaten, die durch falsche Rücksichten auf Japan völlig aktionsunfähig geworden sind. Es bleibt nur zu hoffen, daß die kleinen Mächte auf dem nun einmal beschrittenen Wege verharren und das nachholen, was die großen Staaten in sündhafter Weise unterlassen haben. Es ist höchste Zeit, daß die kleinen Mächte nun endlich aufhören, Trabanten der Großmächte zu sein, und sich darauf besinnen, daß sie vollwertige Mitglieder des Völkerbundes sind. Beim Eintritt Deutschlands in den Völkerbund wurde im Kreise der kleinen Mächte die Hoffnung ausgesprochen, daß das Deutsche Reich sich ihnen angliedern werde. Diese Hoffnungen wurden leider getäuscht. Auch in der Sache des japanisch-chinesischen Konfliktes hat die deutsche Diplomatie es nicht auf sich genommen, bei aller Freundschaft zu Japan eine völlig eindeutige Stellung zu dem japanischen Ueberfall auf China zu nehmen. Vielleicht wird die Initiative der kleinen Mächte jetzt, in letzter Minute, auch auf die Großmächte eine heilsame Wirkung ausüben und die begangenen Unterlassungsfehler korrigieren.

*

Hinter den Kulissen gehen die Verhandlungen zwischen den führenden Staatsmännern fort. Außer Brüning waren seit den ersten Tagen der Woche Stimson und Grandi in Genf anwesend. Der Engländer Simon und der Franzose Paul Boncour hielten sich etwas zurück. Sie warteten auf Tardieu und Macdonald, die es mit der Ankunft in Genf nicht sonderlich eilig hatten. Macdonald wurde durch die Zolldebatte im Unterhaus, Tardieu angeblich durch die Wahlkampagne zurückgehalten. Tardieu indessen ist der einzige Außenminister einer Großmacht, der an den geheimnisvollen Besprechungen nicht teilgenommen hat und mehrere Tage auf sich warten ließ. Seine Lust, sich mit Brüning zu unterhalten, dürfte wohl gering gewesen sein. Schließlich ließ sich die Zusammenkunft der „großen Fünf" nicht vermeiden. Vielleicht wird das Eintreffen Tardieus in Genf etwas Licht auf das Dunkel werfen, das um die Staatsmänner-Verhandlungen schwebt.

*

Die Abrüstungsverhandlungen in Genf

Um Abschaffung der schweren Angriffswaffen

Genf, 20. April. Der Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz hat die Entschließung über die Abrüstungsmaßnahmen in der gestern beschlossenen Form angenommen. **Gegen die Entschließung stimmte Rußland.**

Der Ausschuß wandte sich dann der **Frage der qualitativen Abrüstung** zu. Henderson wies darauf hin, daß die angenommene Entschließung rasche praktische Arbeit zur Pflicht mache und demgemäß die amerikanischen, italienischen und französischen Vorschläge über die Abschaffung bestimmter Waffen bezw. ihre Uebertragung auf ein internationales Organ gemeinsam erörtert werden sollen.

Der englische Außenminister Sir John Simon eröffnete die **Aussprache, der zwei Entschließungsentwürfe** zugrunde lagen, ein englischer, der sich für den Grundsatz der qualitativen Abrüstung ausspricht und ein jugoslawischer, der wesentlich ausführlicher gehalten ist und entsprechend der bekannten Stellungnahme der französischen Gruppe das Verbot gewisser Waffen nur im Zusammenhang mit ihrer Internationalisieung zulassen will. Der **englische Entschließungsentwurf** hat folgenden Wortlaut:

Unbeschadet anderer Vorschläge, die im weiteren Verlauf der Tagesordnung zur Erörterung gelangen werden, erklärt sich die Konferenz mit dem Grundsatz der qualitativen Abrüstung einverstanden, d. h. dem Herausgreifen gewisser Waffenarten oder Typen, deren Besitz oder Verwendung jedem Staat durch ein internationales Abkommen verboten werden soll."

Sir John Simon wies darauf hin, daß mit dieser Entschließung der von einigen Staaten aufgeworfenen Frage der Internationalisierung gewisser Waffen in keiner Weise vorgegriffen werden solle. Der Entwurf der jugoslawischen Delegation wolle vier oder fünf verschiedene Punkte gleichzeitig erledigen. Das wäre ungefähr so, als wenn alle Genfer Automobile auf einmal durch das gleiche Portal fahren wollten.

Unter größter Aufmerksamkeit der ganzen Versammlung ergriff nach Sir John Simon der deutsche Vertreter, **Botschafter Nadolny**, das Wort. In einer Rede, deren Wirkung sich zum Schluß in außerordentlich starken Beifall bei einem großen Teil der Delegierten äußerte, setzte sich Botschafter Nadolny **für die Abschaffung der schweren Angriffswaffen ein, wobei er insbesondere ausführlich die Deutschland durch den Versailler Vertrag auferlegte einseitige Abschaffung dieser Waffen heranzog und an diesem Beispiel den Nachweis führte, daß die Forderung nach Abschaffung dieser Waffenkategorien praktisch durchführbar ist.** Der deutsche Vertreter behielt sich seine endgültige Stellungnahme zu den französischen Vorschlägen vor, die darauf ausgehen, diese schweren Angriffswaffen zu internationalisieren und dem Völkerbund zur Verfügung zu stellen. Er ließ aber keinen Zweifel, **daß schon eine vorläufige Prüfung der französischen Vorschläge ergeben habe, daß ihre Durchführung zu einer wirklichen Abänderung nicht beitragen würde.** Nadolny schloß seine Ausführungen mit einem Appell an die Konferenz, indem er nachdrücklichst betonte, daß die Entscheidung über diesen ersten Schritt, den die Konferenz auf dem Gebiete der Abrüstung zu tun habe, **vom deutschen Volk als ein Prüfstein dafür empfunden werde, ob die Konferenz tatsächlich den Willen habe, zu wirklichen und entscheidenden Abrüstungsmaßnahmen zu gelangen.**

Nach dem deutschen Vertreter ergriff der **jugoslawische Delegierte** Schünenkowitsch das Wort, um den jugoslawischen Antrag zu begründen.

Der **italienische Außenminister Grandi** erklärte seine volle Zustimmung zu dem englischen Vorschlag und begrüßte ihn gerade als eine allgemein einheitlich auswirkende Maßnahme, durch die auch die quantitative Abrüstung erleichtert würde.

*

Französische Kritik

an der ersten Abrüstungsentschließung

Paris, 20. April. Die Annahme der ersten grundlegenden Entschließung über die **etappenweise Abrüstung** durch die französische Delegation wird vom „Echo de Paris" kritisiert. Es sei zu befürchten, so schreibt das Blatt, daß damit ein Fehler begangen worden sei. Die Klausel „erste entscheidende Etappe der allgemeinen, möglichst weitgehenden Herabsetzung", die von Deutschland in den Entschließungsentwurf eingeführt wurde, werde durch Berufung auf Artikel 8 des Völkerbundsstatuts nicht ausreichend ausgeglichen, um so mehr, als dieser Artikel selbst nicht klar definiere, was unter nationaler Sicherheit und unter gemeinsamer Aktion zu verstehen sei. Die erste Entschließung auf der Abrüstungskonferenz stelle also **keinen Sieg der französischen Auffassung** dar, und man müsse fragen, warum Paul Boncour es zugelassen habe, daß die Aussprache in dieser Weise in die Irre ging. Der neue Versuch der französischen Delegation, durch einen zweiten Entschließungsentwurf, der wieder auf Artikel 8 Bezug nehme, diese Scharte auszuwetzen, könne nicht, selbst wenn er gelinge, als Sieg ausgelegt werden, da dieser Entwurf nicht mit dem ersten französischen Vorschlag gleichwertig sei.

*

Die Besprechungen des Kanzlers

Genf, 20. April. Die Besprechungen des Reichskanzlers mit dem englischen und italienischen Außenminister haben zu einem wertvollen Gedankenaustausch über die Lausanner Konferenz und die Reparationspolitik geführt. In der Abrüstungsfrage hat sich ergeben, daß keine große Neigung besteht, vor den französischen Wahlen in das entscheidende Stadium der Abrüstungsfragen vorzustoßen. Die Donaraumfrage wurde weiter geklärt. Am Donnerstag wird der Kanzler einer Sitzung des Hauptausschusses der Abrüstungskonferenz anwohnen. Mit Macdonald, der am Donnerstag hier eintrifft, finden gleichfalls Besprechungen statt.

*

Versteifungen in den Verhandlungen des Neunzehner-Ausschusses

Genf, 20. April. In den Verhhandlungen des Neunzehner-Ausschusses über den **Schanghai-Konflikt** ist wiederum eine Versteifung eingetreten, nachdem man sich gestern über eine Entschließung geeinigt hatte, die dem Vernehmen nach auch die Zustimmung der Chinesen gefunden hatte. Der japanische Botschafter Nagoaka soll erklärt haben, daß er noch nicht im Besitze von Instruktionen aus Tokio sei, daß die japanische Regierung aber nach wie vor sich mit der Verlegung der Waffenstillhandsverhandlungen von Schanghai nach Genf widersetze.

*

Der Beschluß des 19er-Ausschusses für Japan „völlig unannehmbar". — Erneute Austrittsdrohung.

T.U. **Tokio**, 20. April. Der Vertreter der japanischen Regierung erklärte am Mittwoch, daß der Beschluß des 19er-Ausschusses des Völkerbundes, durch den der gemischte internationale Ausschuß in Schanghai ermächtigt wird, den Zeitpunkt der Räumung Schanghais zu bestimmen, für Japan vollkommen unannehmbar sei. Es sei anzunehmen, daß der japanische Vertreter in Genf, Sato, den Beschluß in der öffentlichen Sitzung ablehnen werde, ohne vorher in Tokio anzufragen. Sollte der Beschluß in der öffentlichen Sitzung angenommen werden, so werde ihn Japan einfach nicht beachten. Die Entwicklung der Ereignisse in Genf verstärke die Möglichkeit des Austritts Japans aus dem Völkerbund.

Tages-Anzeiger

Donnerstag, den 21. April.

Bad. Landestheater: „Das Herz", 20—22¾ Uhr.
Skala-Tonfilm-Theater: „Kaiserliebchen" und „Talü", 7 u. 8¼
Union-Theater: „Der Hampelmann", 7 und 9 Uhr.

Haussuchungen bei der SA. in Hessen

Darmstadt, 20 April. Laut amtlicher Mitteilung haben sich unter dem bei den Haussuchungen in Hessen anläßlich des SA- und SS.-Verbots beschlagnahmten Material Schriftstücke befunden, die für die **Aufklärung des Hochverratsverfahrens der Boxheimer Dokumente** von nicht unerheblicher Bedeutung sein dürften. Es ist hier insbesondere ein Schreiben zu erwähnen, das der Leiter der Rechtsabteilung des Gaues Hessen der NSDAP. (der Landtagsabgeordnete Assessor Dr. Best) an die Reichsleitung der NSDAP in München gerichtet hat. Aus diesem Schreiben geht hervor, daß die Boxheimer Dokumente keineswegs eine „Privatarbeit" des Assessors Dr. Best sind, wie es seinerzeit von der Reichsleitung der NSDAP. hingestellt worden ist. Die Boxheimer Dokumente sind demnach vielmehr, mindestens in wichtigen Teilen, auf Grund von vorheriger Anfrage bei der Reichsleitung der NSDAP. und nach Klärung bestimmter Vorfragen mit der Reichsleitung verfügt worden. In dem Brief heißt es u. a.: Wir setzen folgende Entwicklung der Ereignisse voraus: Nach dem Zusammenbruch der Erwerbslosenfürsorge der gegenwärtigen Reichsregierung gelingt es der KPD., mit Unterstützung der hungernden städtischen Massen die Gewalt in den Städten an sich zu reißen und die Behörden des gegenwärtigen Regimes zu beseitigen. Wir ziehen unsere und die uns nahestehenden Kräfte aus den Städten heraus, um zunächst das flache Land von örtlichen kommunistischen Gruppen, Zerstörungskommandos usw. zu säubern.

Das Schreiben sieht zwei Möglichkeiten der Entschädigung für **beschlagnahmten Lebensbedarf**: 1. Wir geben für jede Beschlagnahme Gutscheine aus, die später eingelöst werden. 2. Wir beschlagnahmen ohne Gegenleistung. Dafür wird vorübergehend reine Naturalwirtschaft eingeführt. Jeder Handel und Geldverkehr ist verboten. Jede Zwangsvollstreckung, jeder Zinsenlauf, jede Mietzahlung usw. (selbstverständlich auch jede Steuerverpflichtung) ist aufgehoben.

*

Reichsleitung der N.S.D.A.P. und Boxheimer Dokumente.

T.U. **München**, 20. April. Von der Reichsleitung der N.S.D.A.P. wird zu den Erklärungen der hessischen Regierung über neuentdecktes Material zu den sogenannten Boxheimer Dokumenten mitgeteilt:

„Die Reichsleitung der N.S.D.A.P. hält nach wie vor kategorisch daran fest, daß ihr von dem Boxheimer Entwurf nicht das geringste bekannt gewesen sei, bevor dieser Entwurf seinerzeit amtlich der Oeffentlichkeit übergeben worden sei. Die Reichsleitung der N.S.D.A.P. habe niemals eine Anfrage Dr. Bests, die den Entwurf betraf, erhalten. Insbesondere sei die Reichsleitung der N.S.D.A.P. seitens Dr. Bests oder eines anderen bei der Abfassung des Entwurfs beteiligten Herrn übergangen worden zu der Frage, ob Lebensmittel entschädigungslos oder gegen Requisitionsschein beschlagnahmt werden sollten, Stellung zu nehmen. Das sogenannte Boxheimer Dokument stelle nach wie vor die Privatmeinung einiger Mitglieder der N.S.D.A.P. in Hessen dar, die unter der Anleitung des inzwischen als S.P.D.-Spitzel entlarvten Schäfer zustande gekommen sei. Es sollte ausdrücklich zur Ueberwindung der Folgen eines Kommunistenputsches dienen, der die Beseitigung der bisherigen obersten Staatsbehörde im Gefolge gehabt hätte. Für die Beurteilung der neuerlichen „Enthüllungen" in der Sache des Boxheimer Dokuments halte die Reichsleitung der N.S.D.A.P. die Feststellung für richtig, daß diese Enthüllungen ausgerechnet einige Tage vor den Länderwahlen der Oeffentlichkeit übergeben würden."

*

Kein Länderantrag auf Verbot des Reichsbanners

Berlin, 20 April. Blättermeldungen, wonach das Staatsministerium von **Mecklenburg-Strelitz** seine Gesandtschaft in Berlin beauftragt haben soll, beim Reichsinnenministerium das Verbot des Reichbanners zu beantragen, treffen nicht zu. Weder ist zur Stunde bei den zuständigen Reichsstellen von der Angelegenheit etwas bekannt, noch liegt bei der Gesandtschaft von Mecklenburg-Strelitz ein solcher Auftrag bis jetzt vor. Den Reichsstellen liegt lediglich ein Brief des **sächsischen Ministerpräsidenten** vor, der sich ganz allgemein unter Berufung auf die Notverordnung dafür ausspricht, daß alle Verbände die ähnlich wie die verbotenen nationalsozialistischen Formationen einen Staat im Staate zu bilden geeignet wären, wie die erwähnten Organisationen behandelt werden sollten.

Mecklenburg-Schwerin wartet Groeners Bericht ab.

T.U. **Schwerin**, 20. April. Auf eine Anfrage erklärte der mecklenburg-schwerinische Innenminister, Dr. Schlesinger, daß ihm von einem Antrag seiner Regierung auf Auflösung des Reichsbanners nichts bekannt sei. Mecklenburg-Schwerins Regierung werde in dieser Frage den Bericht des Reichsinnenministers auf das Schreiben des Reichspräsidenten abwarten.

Neue Siedlung im Osten

Berlin, 20. April. Amtlich wird mitgeteilt: Am 19. April 1932 fand unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers eine Besprechung sämtlicher an der **Durchführung der landwirtschaftlichen Siedlung** beteiligten Reichsminister statt.

Die Abwicklung der Osthilfe mit ihrem großen Landanfall und gleichzeitig die Forderung breiter Kreise nach ländlicher Ansiedlung verlange eine positive Lösung. Die Reichsregierung sieht in einem **großzügigen Siedlungswerk im Osten** eine schöpferische Tat des Wiederaufbaues mit den notwendigen, aber nur negativen Abwehrmaßnahmen zum Schutze von Staat und Wirtschaft. So kann auch der gegenwärtige furchtbare Druck erzwungener Untätigkeit und seelischer Untätigkeit von unserem Volke genommen werden.

Zwei Millionen Morgen Land, das trotz aller Hilfsmaßnahmen den bisherigen Eigentümern nicht erhalten werden kann, **soll Zehntausende neuer Siedler im deutschen Osten fest verankern.** Die Guts- und Landarbeiter, wie die Bauernsöhne des Ostens, in der alten Heimat neu verwurzelt und mit neuem Blut aus dem Ueberfluß der Landwirtschaft des Westens belebt, bilden einen festen Wall zur Erhaltung deutschen Wesens und deutscher Kultur im deutschen Osten. Für Tausende wird die hoffnungslose Erwerbslosigkeit behoben, Handel und Gewerbe im Osten können neu aufblühen.

Trotz aller Nöte der Wirtschaft und Schwierigkeiten der Finanzen des Reiches ist **die Reichsregierung entschlossen, die erforderlichen Mittel bereitzustellen.** Diese neue Siedlung wird aber im Gegensatz zu den Siedlungen einer wirtschaftlich günstigeren Vergangenheit so einfach errichtet werden müssen, daß sie dem Siedler auch unter ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen ein dauerndes Fortkommen bietet. Darum muß aber auch der neue Siedler auf alle übersteigerten Ansprüche verzichten. **Nur das Notwendigste an Einrichtungen und Gebäuden aus billigem bodenständigem Material, wo immer möglich aus Holz, kann ihm für den Anfang bereitgestellt werden.** In umfassender Weise muß der Siedler selbst am Aufbau mitwirken. Der freiwillige Arbeitsdienst muß weitgehende Hilfe leisten. Neue Siedlungsformen müssen ohne bürokratische Hemmungen und überflüssigen Schematismus für dieses Werk gefunden werden. Die Bereitschaft weiter Kreise zur Mitarbeit in allerlei Formen von Gemeinschaften und Bünden muß voll ausgewertet werden. Eine außergewöhnliche Zeit verlangt außergewöhnliche Maßnahmen.

Die gesetzgeberischen Maßnahmen zur Förderung dieses Werkes sind in Vorbereitung. Sofort nach Rückkehr des Kanzlers sollen sie im Kabinett verabschiedet werden.

Wovon man spricht

„Graf Zeppelin" gelandet

Hamburg, 20. April. Das Luftschiff „Graf Zeppelin" befand sich am Mittwoch um 11.05 Uhr Greenwicher Zeit zwischen den Inseln St. Paul und Fernando Noronha. Das Luftschiff ist gegen 18 Uhr in Pernambuco gelandet.

Großfeuer auf dem Schlachtviehhof in Halle

Halle, 20 April. Aus bisher noch unbekannter Ursache entstand am Mittwoch nachmittag auf dem städtischen Schlachtviehhof in den alten Viehhallen, in denen zur Zeit Umbauten vorgenommen werden, ein Brand, der mit rasender Schnelligkeit um sich griff. Die gesamte Hallesche Feuerwehr ist am Brandort erschienen. Ein Bauarbeiter wurde mit Brandverletzungen in das Krankenhaus geschafft. Der Brandschaden wird nach vorsichtigen Schätzungen mit etwa 100 000 RM. angegeben.

Schaffung eines Devisenausgleichsfonds in England

London, 20 April. Der Schatzkanzler gab heute bekannt, daß er im Finanzausschuß des Unterhauses eine Entschließung einbringen werde, die die **Regierung zur Schaffung des Devisenausgleichsfonds berechtigen werde**, auf den er in seiner Budgetrede hingewiesen habe.

In zwölfter Stunde

Roman von Hans Otto

Urheberrechte: Literatur-Verlag Gloria, Berlin-Steglitz

33. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Trotz alledem dürfen wir uns nicht davon abhalten lassen, aus eigener Kraft aus diesem Lande des Grauens herauszukommen," sagte Dieter, der befürchtete, daß Rudi keine Lust mehr haben würde, nun noch aufzubrechen.

„Darüber ist kein Wort zu verlieren," antwortete ihm jedoch dieser, „je früher es geschieht, umso besser!"

Als die Schlittenkufen zurecht gezimmert waren, wurden die als unbedingt notwendig erachteten Sachen gut verpackt und darauf festgebunden.

Abschiednehmend standen sie vor dem Wrack der „Germania".

„Eine Schande, daß dieses wundervolle Werk der Technik hier in diesem Jammertal verrotten muß!" sagte Dieter, und die beiden anderen nickten schweigend.

„Laßt uns aufbrechen, Jungens! Der Tag ist kurz und wir haben Eile!" forderte Kramer die Kameraden auf.

Sie hatten sich schon die Stricke um die Schultern gelegt und wollten mit dem Schlitten losziehen, da kam Dieter ein Gedanke. Er kehrte in das Wrack zurück.

„Hattest du etwas vergessen?" fragte Kramer.

„Ja, eine Nachricht zurückzulassen. Ich habe sie deutsch und englisch abgefaßt. Wird das Flugzeug gefunden, so erfährt die Welt wenigstens, selbst wenn wir unser Ziel nicht erreichen, warum unser Flug mißglückt ist, mißglücken mußte. Und jetzt auf! Zurück ins Leben!"

16. Kapitel.

In seinem schönen Bibliothekzimmer saßen sich Reichlin und Elli Brunke gegenüber, beide mit ernsten, kummerbeschwerten Gesichtern.

Was nur irgendwie geeignet sein konnte, die verschollenen Flieger aufzufinden, hatte Reichlin mit gewohnter Tatkraft unternommen. Die amerikanischen Flieger, die vierzehn Tage lang unablässig die Südküste Grönlands abgesucht, sogar ein ganzes Stück ins Land hineingeflogen waren, hatten unverrichteter Dinge umkehren müssen. Keins der Schiffe, das in der Nähe gewesen und auf dringendes Ersuchen hin nachgeforscht, hatte eine Spur von den Vermißten gefunden. Man war allgemein der Ansicht gewesen, daß diese aufs Meer heruntergegangen seien und sich mit Hilfe der für einen solchen Fall angebrachten Schwimmer darauf gehalten hätten.

Es hatte nicht an Anklagen gefehlt, die schnell fertige Besserwisser Reichlin machten. Die Jahreszeit sei viel zu weit vorgeschritten gewesen, war ihr hauptsächlichstes Argument. Er wies demgegenüber darauf hin, daß die Flüge später zu jeder Jahreszeit ausgeführt werden sollten, und man zu einem Trugschluß gekommen wäre, wenn man den günstigsten Zeitpunkt gewählt hätte.

Nein, Reichlin wußte sich frei von Schuld, aber das minderte nicht die Depression, in der er sich befand. Kein Geldopfer war ihm zu groß für die Rettung der drei Flieger.

Mit keinem Wort hatte Elli bisher von ihrem Verdacht gegen Detten gesprochen; erst wenn sie beweisen konnte, wovon sie überzeugt war, wollte sie ihn anklagen.

„Liebes Fräulein Brunke, ich bin mit meinem Wissen und Können am Ende. Seien Sie überzeugt, daß es mich ungeheuer schmerzt, so machtlos dazustehen."

„Ich glaube Ihnen das ohne weiteres, Herr Generaldirektor, aber wenn Sie sagen, Sie ständen machtlos da, so stimmt das nicht ganz."

„Sie wissen einen Weg, eine Möglichkeit?"

„Ich bin gekommen, Herr Generaldirektor, um Ihnen einen Vorschlag zu machen. Sie haben bisher zur Auffindung der Verschollenen keine Kosten gescheut, und so bin ich überzeugt, daß es Ihnen nicht darauf ankommen wird, für eine neue Rettungsaktion Mittel zur Verfügung zu stellen."

„Ja, was wollen Sie denn noch unternehmen, Fräulein Brunke?"

„Ich habe mich entschlossen, selbst nach Grönland aufzusteigen und dort die Suche fortzusetzen."

Reichlin schüttelte den Kopf.

„Liebes Fräulein Brunke, so selbstverständlich ich bereit sein würde, Sie in Ihrem Unternehmen zu unterstützen, wenn ich eine Chance sehen würde, so muß ich bei dessen Aussichtslosigkeit nein sagen. Ja, wenn man die Gewißheit hätte, oder auch nur annehmen dürfte, daß die Flieger Land erreicht haben, dann wäre es etwa ganz anderes. Sie wissen aber aus der letzten Meldung, daß die armen Verunglückten durch einen Sturmwirbel auf das Meer heruntergerissen worden sind. Wenn sie trotzdem die Küste noch erreicht hätten, würden die Amerikaner sie gefunden haben. So ist mit Sicherheit anzunehmen, daß sie alle drei ertrunken sind."

Noch geraume Zeit versuchte Elli, Reichlin für ihre Idee zu gewinnen. Es war umsonst.

„Was menschenmöglich war, haben wir getan; wir müssen uns mit dem traurigen Ergebnis abfinden. Der Elektrokonzern hat bei mir angefragt, ob ich noch auf die Dienste des Herrn Markwald Wert lege; ich habe gedankt und ihn zurückgerufen. Es ist das schmerzlichste Kapitel meines Lebens, das ich damit zum Abschluß gebracht habe."

Bewegt reichte er ihr die Hand zum Abschied.

„Nur noch eine Frage. Sollte doch noch die Möglichkeit für eine erfolgversprechende Rettungsaktion sich bieten, dann, nicht wahr, das versprechen Sie mir, darf ich doch auf Ihre Hilfe rechnen?"

„Ganz gewiß, liebes Fräulein Brunke."

Elli kehrte nicht nach Berlin zurück, sondern fuhr noch einmal zu Markwald. Sie hatte dort ihre Koffer zurückgelassen, weil sie geglaubt, daß die Auflösung der Station noch nicht so bald erfolgen würde. Schnell telegrafierte sie Markwald, daß sie komme, um mit ihm zusammen die Heimreise anzutreten.

Der alte, klapprige Wagen, der sie schon einmal von der kleinen, entfernten Bahnstation abgeholt hatte, brachte sie wieder nach dem einsamen Haus, in dem Markwald Tag für Tag auf ein Lebenszeichen der Verschollenen gewartet hatte.

Nach herzlicher Begrüßung galt ihre erste Frage den Verunglückten.

Er schüttelte wehmütig den Kopf.

„Nein, keine Stimme ist wieder lebendig geworden."

Sie standen vor dem Apparat, den Markwald im Begriff war, zum Rücktransport zu verpacken, da kam plötzlich ein feiner, surrender Ton aus dem Hörer. Erregt griff Elli danach.

Markwald lächelte bitter.

(Fortsetzung folgt.)